

Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

Die KPÖ fordert höhere Löhne und Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen. Alle Beschäftigten müssen fair entlohnt und unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können. Wir fordern eine kräftige Erhöhung der Kollektivvertragslöhne, mindestens die Teuerungsrate plus der Produktivitätssteigerung sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 2.400 Euro brutto. Die KPÖ setzt sich gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz und für ein Ende von prekärer Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit und freien Dienstnehmerverträgen ein, egal ob bei Paketzusteller:innen oder 24-Stunden-Betreuer:innen. Alle haben das Recht auf einen sicheren, unbefristeten und sozialversicherten Arbeitsplatz und eine gerechte Entlohnung.

Die KPÖ fordert eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Jede:r verdient mehr freie Zeit für Familie und Erholung. 30 Stunden hackeln gehen sind genug, insbesondere die tägliche Erwerbsarbeitszeit muss sinken. Die Betriebe können es sich leisten, dass ihre Mitarbeiter:innen fair entlohnt weniger arbeiten. Zentrale Bereiche der Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung und Pflege, können wir gesellschaftlich organisieren. Durch gerechtere Arbeitsteilung daheim und flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung und Pflege, haben endlich auch Frauen mehr Zeit zum Leben.

Als KPÖ setzen wir uns für höhere Einkommen für alle ein! Die Sozialleistungen, Pensionen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe müssen auf ein Mindestniveau angehoben werden, das gemeinsam mit einem Mietendeckel und einer kostenlosen sozialen Infrastruktur Armut verhindert. Ein Maßstab dafür sollen die Referenzbudgets der Schuldenberatungen sein. Eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kleinkind braucht derzeit mindestens 3.300 Euro, ein Einpersonenhaushalt 1.500 Euro, um würdevoll zu leben. Als KPÖ setzen wir uns daher für eine sofortige Erhöhung der Pensionen und regelmäßige Anpassungen mit der Inflation, eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und eine Kindergrundsicherung für alle Familien ein. Damit verbunden ist auch, dass wir gegen eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters eintreten und die Rückkehr zu einem 15jährigen Durchrechnungszeitraum für die Pensionen fordern. Davon profitieren gerade Frauen, die besonders oft von Altersarmut betroffen sind.

Sichere und gute Arbeitsplätze dürfen wir nicht länger dem Markt überlassen. Wer arbeiten will und kann, soll auch sinnvolle und würdige Arbeit finden. Ein breit angelegtes Beschäftigungsprogramm kann auch dabei helfen zusätzliche Ressourcen auf ökologisch und sozial sinnvolle Bereiche hin zu orientieren.

Immer mehr Menschen sind von Energiearmut und -abschaltungen betroffen. Deshalb braucht es eine Energiegrundsicherung für alle Menschen in Österreich. Der Grundbedarf an Strom und Heizenergie muss jedem Haushalt kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinausgehender Mehrverbrauch muss progressiv teurer werden um einen Anreiz zum Energiesparen zu setzen. In der Verfassung ist eine öffentliche Mehrheit der Energiewirtschaft von Bund und Ländern vorgeschrieben. Damit ist eine Energiegrundsicherung sofort machbar. Die Abschöpfung der teilweise enormen Gewinne zugunsten einer solchen Maßnahme ist tatsächlich möglich. Am

Weg dorthin können die Abschaffung der Steuer auf Haushaltsenergie, die Abschaffung der Grundgebühr (Netzkosten), die Mehrverbrauch belohnt, keine Leistungsunterbrechungen wenn die Energiekosten nicht bezahlt werden können, stehen.

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass Kinderbetreuung und Pflege kostenlos für alle zugänglich gemacht werden. Das bedeutet, dass Eltern keine Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder zahlen müssen und ältere Menschen sowie Pflegebedürftige kostenlose Pflegeleistungen erhalten. Diese Art der Versorgung wird von der Gemeinde oder Stadt organisiert und finanziert, um sicherzustellen, dass alle Bürger:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialen Status Zugang zu hochwertiger Betreuung und Pflege haben.

Die KPÖ setzt sich für Preisdeckel und gezielte Preiseingriffe ein. Durch Preisdeckelung auf Grundnahrungsmittel könnten die Kosten für Produkte wie Brot, Milch oder Kartoffel begrenzt werden, um bezahlbare Preise für alle sicherzustellen. Eine schärfere Wettbewerbs- und Preispolitik verhindert übermäßige Preisanstiege. Beispielsweise könnten Preiskommissionen dafür sorgen, dass Konzerne, die den Markt kontrollieren, nicht zu hohe Preise festlegen. Gezielte Eingriffe in die Preise können helfen, wenn bestimmte Güter wie etwa Energie zu teuer werden. Durch solche Schritte werden die Preise für Grundbedürfnisse stabilisiert und die finanzielle Belastung für die Menschen verringert, anstatt Profite wie bei der gescheiterten Teuerungskämpfung der Bundesregierung zu subventionieren.

Als KPÖ setzen wir uns für die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Konzerngewinne und die konsequente Besteuerung von Unternehmensgewinnen in Österreich ein. Eine progressive Unternehmensbesteuerung bedeutet, dass Unternehmen mit höheren Gewinnen einen höheren Steuersatz zahlen würden. Springt der Staat in der Privatwirtschaft mit Subventionen ein, müssen diese in Unternehmensanteile umgewandelt werden, sodass damit mehr öffentliches Mitspracherecht und Vergemeinschaftung einhergehen. Zudem setzen wir uns für Maßnahmen ein, die die Übergewinne der Krisengewinner abschöpfen. Insbesondere von den Banken, deren Profite aufgrund der Zinswende explodieren, wollen wir uns das Geld zurückholen.

Als KPÖ setzen wir uns für die Einführung einer progressiven Millionärssteuer für Vermögen ab 1 Million Euro und die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer ab 1 Million Euro ein. Ebenso braucht es höhere Steuersätze auf absurd hohe Einkommen ab 250.000 Euro pro Jahr. Diese Steuern treffen den Überreichtum und Erbschaften der Mateschitz' und Swarovskis. Luxusimmobilien und große Erbschaften werden höher besteuert, um Einnahmen für die Finanzierung des Sozialstaats zu generieren und Ungleichheiten zu mindern.

Zusätzlich kämpfen wir als KPÖ für die Senkung der Lohnsteuer für niedrige Einkommen und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur besseren Finanzierung des Sozialstaats durch die Unternehmen. Angriffe auf Lohnnebenkosten, die unweigerlich zu Finanzierungslücken bei Pensionen und Sozialleistungen führen würden, lehnen wir ab.

Klimaschutz

Statt wie bisher im Rahmen des sogenannten Klimaschutzfonds 580 Millionen pro Jahr für private, profitorientierte Investitionen in erneuerbare Energien zu Verfügung zu stellen, sollte die öffentliche Hand jährlich wenigstens eine Milliarde Euro für Gemeinden zur Verfügung stellen, um erneuerbare Energien im kommunalen Eigentum auszubauen. Energiegenossenschaften im Eigentum der Gemeinden garantieren, dass die Energiewende gelingt und die Menschen auch etwas davon haben.

Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung für alle Stromerzeugungsanlagen in Österreich, den erzeugten Strom zu einem Preis auf Basis von Vollkosten an den Strompool Austria zu verkaufen. So wird der Strommarkt aufgespalten in einen Bereich mit regulierten Preisen und einen Bereich mit Marktpreisen, welche sich – wie bisher – an den Preisen der Strombörsen orientieren. Alle Stromkund:innen Österreichs haben im „Strompool Austria“ das Recht, zwischen regulierten Preisen und freien Marktpreisen zu wählen. So wird sichergestellt, dass Energiepreise leistbar werden und fossile Energiekonzerne nicht von unseren Grundbedürfnissen profitieren.

Mobilität ist ein Recht. Damit es auch verwirklicht werden kann, brauchen alle Menschen Zugang zu gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln. Als KPÖ treten wir daher für den massiven Ausbau von öffentlichem Verkehr aus. Statt Bahnlinien einzustellen, müssen wir sie ausbauen und ebenso in öffentliche Buslinien mit guten Arbeitsbedingungen investieren. Jeder Mensch in Österreich muss Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten. Neben dem Ausbau, bedeutet das auch, dass öffentlicher Verkehr kostengünstig verfügbar ist. Das Klimaticket ist für viele Menschen nur schwer leistbar. Menschen die aufgrund ihres niedrigen Einkommens über die GIS-Befreiung verfügen, sollen in Zukunft ein österreichweit gültiges soziales Klimaticket kostenlos erhalten. Gleichzeitig sollen die aktuellen Tarife für das Klimaticket in den kommenden Jahren nicht teurer werden. Mittelfristig ist das Ziel, für alle Menschen in Österreich einen kostenlosen öffentlichen Verkehr zu schaffen. Darüber hinaus braucht es den Ausbau von öffentlich unterstützten Sharing-Systemen, damit PKWs, ebenso wie Elektroräder für alle, die sie benötigen zugänglich sind und gut genutzt werden.

Unsere Wirtschaft ist produktiver denn je, doch geht das gleichzeitig mit massiven Zerstörungen einher. Wir treten daher für den Umbau unserer Wirtschaft ein, damit unsere produktiven Kapazitäten der Gesellschaft zugutekommen. Den Beginn sollten wir in der Rüstungs- und Waffenindustrie machen. Nirgendwo ist so offensichtlich, dass eine Industrie nur Emissionen und Leid verursacht. Die Waffen- und Rüstungsindustrie muss unter öffentlicher Kontrolle auf sozial- und ökologisch sinnvolle Ziele hin umgebaut werden. Wo heute noch Panzer zum Töten vom Band laufen, können morgen schon Busse für den öffentlichen Verkehr produziert werden.

Der Umbau scheitert auch daran, dass es nicht genügend Fachkräfte in dem Bereich gibt. Das muss schnellstmöglich nachgeholt werden, dafür sind, neben einer Lehrlingsoffensive, eine bessere Ausfinanzierung des Bildungssystems, insbesondere der Universitäten und Fachhochschulen und ihre Einbindung in einen nationalen Klimaplan gefragt. Gleichzeitig brauchen Menschen in diesen Bereichen gute und faire Arbeitsbedingungen. So müssen etwa auch die Fahrer:innen privater Busunternehmen fair bezahlt und behandelt werden.

Statt Fläche zu fördern, müssen nachhaltige Anbaumethoden und fair entlohnte Arbeit in der

Landwirtschaft gefördert werden. Extensive Flächen tragen zu höherer Artenvielfalt und einer abwechslungsreicheren Kulturlandschaft bei, damit werden hier Leistungen für die Gesellschaft erbracht. Gleichzeitig muss der Versiegelung unserer Böden endlich Einhalt geboten werden. Das Zupflastern unserer Lebensgrundlagen mit Schnellstraßen und Supermärkten abseits der Ortszentren muss ein Ende haben. Wir treten für gesetzliche Schranken der Bodenversiegelung und eine Raumordnung ein, die unsere Lebensgrundlagen schützt.

Alternative Einnahmequellen für landwirtschaftliche Betriebe müssen stärker unterstützt werden, dazu zählen etwa die Direktvermarktung von Produkten, die Bildung von Konsumgenossenschaften als Alternative zu Supermärkten oder der sanfte Tourismus. Gerade letzterer profitiert v. a. von einer intakten Kulturlandschaft als Gegenentwurf zu Chaletdörfern für Investoren. Für Grundnahrungsmittel braucht es zudem regulierte Preise, sodass Bauern und Bäuerinnen nicht mehr der Macht der Supermärkte ausgeliefert sind.

Handelsketten und Lebensmittelkonzernen muss es gesetzlich verboten werden, genießbare Lebensmittel wegzuwerfen. Stattdessen müssen übriggebliebene Lebensmittel an Tafeln und Sozialeinrichtungen gespendet werden. Das schützt unsere Ressourcen und ist sozial.

Bildung

Österreich soll attraktiver für junge Menschen in Ausbildung werden. Insbesondere die Landeshauptstädte brauchen dafür leistbaren Wohnraum, günstige Öffis, lebendige Kultur und einladende Räume ohne Konsumzwang. Bildung als Schlüssel für die Zukunft ist in den ersten fünf Jahren des Lebens am wichtigsten. Wir wollen Paläste für die Kinder und Jugendlichen bauen und ausreichend Personal beschäftigen, das mit Leidenschaft und genügend Zeit für individuelle Betreuung arbeiten kann. Langfristig wollen wir die gleiche Bezahlung zwischen Kindergartenpädagog:innen und den Beschäftigten der späteren Bildungseinrichtungen. Es soll Qualitätsbauprogramme für Schulen und Schulausbau geben. Zuschüsse für Gemeinden soll es nur mehr geben, wenn Bauten wirklich den besten Standards entsprechen. Dafür soll aber mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

KPÖ tritt ein für:

- Bereitstellung von ausreichend Schulärzt:innen und ausreichend Schulpsycholo:innen und Sozialarbeiter:innen.
- Gratis-Nachhilfe für Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen.
- Stipendien für Kinder, bei denen sich die Eltern schwer oder gar nicht höhere Schulen leisten können.
- Kostenloses und gutes Schulesen für alle Kinder. In einem ersten Schritt sozial gestaffelt – wobei Familien unter der Armutsgrenze völlig befreit werden sollen.
- Kostenlose Bus- und Zugfahrt für Schulklassen bei Ausflügen und Freifahrt für alle in Ausbildung.
- Befristung der Direktor:innenposten, dafür mehr Unterstützungspersonal
- Gratis-ganztägiger Kindergarten und Kinderkrippe wie in Wien und im Burgenland mit Anspruch auf einen Platz ab dem 12. Monat.
- 50€ für alle, die eine Familienberatung aufsuchen, und 100 € Bonus für alle Elternteile, die einen Elternkurs im Vorfeld der Geburt machen
- Ausbau der Eltern-Kind-Zentren und mehr Angebote im Kleinkindbereich
- Entlastungsangebote für Alleinerzieher:innen – wie stundenweise Kinderbetreuung, Hilfsfonds bei den Eltern-Kind-Beratungsstellen (Familienberatungsstellen).
- Wiedereinstiegsurse und Prämien für Pädagog:innen, die den Job gewechselt oder nie ausgeübt haben
- Mitarbeiter:innen-Zufriedenheitsmonitoring sowie Präventionsmaßnahmen gegen Burnout und Arbeitsunzufriedenheit für in der Bildung angestellte Menschen.
- 500€ für Pädagog:innen und Mitarbeiter:innen als individuelles Weiterbildungsbudget pro Jahr
- Alphabetisierungsangebote für Erwachsene ausbauen

Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht – das sollte sich auch in unserer Verfassung widerspiegeln! Wir müssen uns als Gesellschaft darum kümmern, dass es keine ungewollte Wohnungslosigkeit und angemessenen Wohnraum für alle in Österreich lebenden Menschen gibt. Die Not, leistbaren Wohnraum zu finden, zieht sich in Österreich durch breite soziale Schichten. Niemand soll gezwungen sein, mit einer Person zusammenzuwohnen, mit der eine Gemeinschaft unmöglich ist – oder von der im schlimmsten Fall Gewalt ausgeht. Mit dem *Grundrecht auf Wohnen in der Verfassung* erwächst ein Rechtsanspruch auf Wohnraum, der sich nach den Bedürfnissen der Einzelnen richtet. Das beinhaltet Lage, Größe, Ausstattung und Wohnkosten. Unter Wohnkosten verstehen wir die Summe von Miete, Energiekosten, Versicherungen und Betriebskosten. Unser Ziel ist, dass niemand ohne Wohnung sein muss, in dieser Wohnung ausreichend Raum für alle Bewohner:innen zur Verfügung steht und die Wohnkosten in keinem Haushalt höher sind, als ein Viertel des monatlich zur Verfügung stehenden Budgets. Das Grundrecht auf Wohnen im Verfassungsrang stellt sicher, dass aus wohn- und sozialpolitischen Forderungen Fakten werden.

Unser Mietrecht kennt mehr Ausnahmen als Bereiche, in denen es zur vollen Anwendung kommt. Dieses Gesetz – das zum Schutz der Mieter:innen gedacht sein sollte – dient heute vorrangig den Interessen von Investor:innen und Vermieter:innen. Wir setzen uns für ein einheitliches, gut verständliches, *universales Mietrechtsgesetz* zum Schutz aller Mieter:innen in allen Wohnformen ein. Das setzt eine Evaluierung der verpflichtenden Bestandteile eines Mietvertrags, eine klare Aufschlüsselung der Rechte und Verpflichtungen der Vertragspartner:innen voraus. Dazu gehört eine staatliche Kontrollinstanz, die Einhaltung und Ordnungsgemäßheit von Mietverträgen und Mietverhältnissen überwacht und durchsetzt. Neben einer umfassenden Reform des Mietrechts im Interesse der Mieter:innen setzen wir uns für die *Einrichtung von Mieter:innenvertretern* ein, die in ihren Häusern gewählt und dann gegenüber den Vermieter:innen und den Hausverwaltungen die Rechte aller Bewohner:innen durchsetzen können.

Die Steigerung der Mieten ist an Indizes wie den Verbraucherpreisindex (VPI) und damit an die Inflation gekoppelt. Das heißt, wenn beispielsweise die Energie, das Essen oder das Wohnen (!) teurer werden, dann steigen die Mieten. Eine Senkung der Wohnkosten ist im Gesetz nicht vorgesehen. Verpflichtungen aus den immer teureren Mieten ergeben sich für die Vermieter:innen keine. In den letzten Jahren sind aufgrund der Teuerung die Mieten explodiert. Wir streiten für ein *sofortiges Aussetzen der für diese Situation verantwortlichen Wertsicherungsklausel* und eine *Senkung der Mieten im Rahmen der Richtwerte*. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die es allen Haushalten ermöglichen, nicht mehr als ein Viertel ihres monatlichen Budgets für ihr Grundrecht auf Wohnen aufzuwenden. Das setzt voraus, dass der Vollarwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes auf alle Vermietungen ausgedehnt wird. Bis zur Umsetzung eines wirksamen Mietdeckels muss *augenblicklich ein Mietestopp* umgesetzt werden – das heißt, die Mieten werden bis 2029 eingefroren!

Die Subventionierung von Wohnungseigentümer:innen durch Wohnbeihilfen soll mittelfristig dem Angebot öffentlichen Wohnbaus weichen. Langfristig ist das für den Staat und die Gemeinden kostengünstiger und wirkt der ohnehin voranschreitenden Umverteilung von unten nach oben entgegen.

Neben der Wertsicherungsklausel in Mietverträgen sind befristete Verträge die größten Preistreiber bei den Mieten. Nach Befristungsende wird die Miethöhe neu festgelegt – und das kann alle drei

Jahre geschehen. Mieterhöhungen sind vorgezeichnet und die vorgesehenen Abschlüsse in befristeten Verträgen gleichen das nicht im Geringsten aus. Hinzu kommt die Unsicherheit, die aus befristeten Verträgen erwächst: Wenn die Vermieter:innen ihre Pflichten nicht erfüllen oder die Mieten gegebenenfalls zu hoch angesetzt wurden, muss man sich dagegen zur Wehr setzen. Welches Interesse haben Vermieter:innen, so ein Mietverhältnis zu verlängern? Teure Übersiedelungen und ein Verlassen der Nachbarschaft und damit des sozialen Gefüges sind die Folge. Wir setzen uns für eine ersatzlose Streichung befristeter Verträge ein, die erst 1994 von der SPÖ-ÖVP Koalition eingeführt wurden. Das Mietrechtsgesetz kennt genug andere Möglichkeiten, Mietverträge im Sinne der Vermieter:innen zu beenden – es sind die befristeten Verträge, die die wirklichen „Mietnomad:innen“ durch unsichere Wohnperspektiven erzeugen.

Damit das Recht auf Wohnen nicht ein leeres Versprechen bleibt, braucht es den entsprechenden Wohnraum. Das dürfen wir nicht dem privaten Markt überlassen. Stattdessen braucht es Öffentlichen Wohnbau, der sich nicht nur an die Ärmsten richtet, sondern für die ganze Bevölkerung da ist. Öffentlicher Wohnbau kann ökologische, technische, raumplanerische und selbstredend menschliche Anforderungen statt Profiten in den Mittelpunkt stellen. Wohnen wird so nicht nur leistbar, sondern unsere Städte auch schöner und nachhaltiger. Öffentlicher Wohnbau muss dabei sicherstellen, dass Wohnungen transparent und ohne Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung und sozialem Status vergeben werden. Alle erwerbstätigen Personen in Österreich tragen mit ihrem Steueraufkommen dazu bei, den öffentlichen Wohnbau zu finanzieren – es darf keinen Ausschluss für jene geben, die zwar in die Wohnbauförderung einzahlen, aber nicht die „richtige“ Staatsbürgerschaft haben. Jede Gemeinde muss über ein Kontingent an Wohnungen verfügen, das in Krisensituationen, schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden kann. Leistbarer Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für ein eigenständiges Leben und ist damit eine der Voraussetzungen, um Frauen zu ermöglichen, aus Gewaltbeziehungen auszubrechen. Finanziert kann das über die Zweckwidmung der Wohnbauförderung und der Mehrwertsteuer auf Mieten sowie die angemessene Besteuerung von Widmungsgewinnen, werden. Ebenso braucht es eine Grundstücksbevorratung und ein Vorbehaltsrecht der Gemeinden im Sinne des kommunalen Wohnbaus sowie die Schaffung einer eigenen Widmungskategorie für gemeinnützigen Wohnbau zur Senkung der Grundstücks- und damit Baukosten. Mit einer staatlichen Wohnbauinvestitionsbank, die Mittel für den öffentlichen Wohnbau mobilisiert, können Baukosten zusätzlich gesenkt werden. Letztere sollten durch das Kapital der öffentlichen Hand gedeckt werden, um den hohen Zinsen der Finanzinstitute zu entgehen. Statt fragwürdigen Kooperationen mit Konzernen in „Public-Private-Partnerships“ und zunehmend unleistbaren Genossenschaftswohnungen, müssen wir gemeinnützigen Wohnbau im Eigentum der öffentlichen Hand und damit von uns allen forcieren.

Wohnen muss gesund und nachhaltig sein – das betrifft den Energieaufwand, und verwendete Baumaterialien genauso, wie unterschiedliche mentale und soziale Bedürfnisse. Das bedeutet auch eine zeitgemäße und flächendeckende Gewährleistung von Barrierefreiheit sowie ein Bestreben zur Förderung von kommunikativen Gemeinschaftsflächen. Egal ob im höheren Alter oder als Familie mit Kindern: Wohnraum muss die Notwendigkeiten, die sich aus unterschiedlichen Lebenssituationen ergeben, abdecken. Die unmittelbare Daseinsvorsorge muss in allen Lebensabschnitten fußläufig bestreitbar sein. Investitionsspekulation durch das Herunterwirtschaften von Wohnbauten bis zur technischen Abbruchreife, kann nicht zugelassen werden. Ferner muss die Frage gestellt werden, wo versiegelte Flächen aufgebrochen und

vermieden werden können.

Die Statistik Austria hat erhoben, dass fast jede siebte Wohnung überkeine Wohnsitzmeldung verfügt. Wohnungen dürfen nicht zur Erfüllung von Investitions- und Spekulationsinteressen erbaut oder dem Mietmarkt entzogen werden. Gleiches gilt für die Verwendung von Flächen für die Kurzzeitvermietung bei gleichzeitiger Knappheit von gut leistbarem Wohnraum.

Wir treten daher für eine flächendeckende Leerstandserhebung und -abgabe ein, die wiederum dem Zweck der Errichtung öffentlichen Wohnbaus sowie des Erhalts und der Zukunftsfähigmachung bestehenden Wohnraums gewidmet ist. Wohnungen die mehr als zwei Jahre nicht bewohnt werden, sollen durch eine staatliche Vergabe dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden, wie das auch in anderen EU-Staaten, wie Portugal geschieht.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Gesundheit

Die Missstände in der Pflege müssen endlich angegangen werden. Das bedeutet bundesweit einheitliche und deutlich bessere Personalschlüssel, einen massiven Ausbau der Ausbildungsplätze. Die Ausbildung muss dabei bundeseinheitlich geregelt sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Polizeischüler:innen vom ersten Tag an bezahlt werden, Pflegekräfte aber nicht. Darüber hinaus braucht es für Pflegekräfte eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, altersgerechte Arbeitsplätze und die längst überfällige Anerkennung: Pflege ist Schwerstarbeit.

Der Zugang zu Medizin darf nicht von Einkommen und Vermögen abhängig sein. Es braucht in ganz Österreich einen flächendeckenden Zugang zu Kassenärzt:innen und niemand soll länger als 14 Tage auf eine notwendige Untersuchung warten müssen. Die Rezeptgebühr ist bis 2030 einzufrieren und medizinisch empfohlene Impfungen müssen kostenfrei zugänglich sein. Mittelfristiges Ziel muss die Abschaffung der Rezeptgebühr sein. Zudem müssen Medikamente gratis zur Verfügung stehen.

Viele pflegebedürftige Menschen sind gesundheitlich durchaus in der Lage, in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben. Voraussetzung ist, dass sie sich das auch leisten können. Unabhängig vom Betreuungsausmaß, welches Betroffene zuhause in Anspruch nehmen, sorgen Ausgleichszahlungen dafür, dass den Betroffenen die Höhe der Mindestpension erhalten bleibt. Ebenso braucht es jährliche Anpassungen des Pflegegeldes in der Höhe der Pensionsanpassung, die Anstellung und gerechte Entlohnung pflegender Angehöriger und der Community Nurses in ganz Österreich. Schließlich muss die Situation von 24-Stunden Betreuer:innen endlich gerecht geregelt werden. Menschen, überwiegend migrantische Frauen, die diese Arbeit leisten, haben ein Anrecht auf echte Anstellung zu würdigen Löhnen, statt Scheinselbstständigkeit.

Durch die Höchstbeitragsgrundlage von aktuell rund 6.000 Euro tragen die Besserverdiener:innen zu wenig zu unserem gemeinsamen Gesundheitssystem bei. Für das Einkommen, das über diesen Betrag hinausgeht müssen sie keine Beiträge in das Gesundheitssystem einzahlen. Die Höchstbeitragsgrundlage gehört daher abgeschafft. So wird unser Gesundheitssystem solidarischer und es können fehlende Gelder lukriert werden. Die zusätzlichen Mittel sollten dabei vorrangig für die Gesundheitsprävention verwendet werden.

Der Zugang zu Psychotherapeut:innen darf nicht länger ein Luxus bleiben. Es braucht einen massiven Ausbau von Psychotherapie als Kassenleistung. Die Anzahl der Sitzungen darf dabei nicht länger gedeckelt werden, sondern muss vom individuellen Krankheitsverlauf abhängig sein. Gleichzeitig muss auch der Zugang zum Beruf Psychotherapeut:in durch öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze umfassend zugänglich werden.

Medizinische Versorgung ist nicht nur von der Klasse abhängig, sondern nach wie vor stark vom Geschlecht. Daher fordern wir einen flächendeckenden, kostenlosen Zugang zu reproduktiver Medizin für alle und geschlechteraffimierender Gesundheitsversorgung für transgener, inter- und nichtbinäre Personen. Das beginnt beim Zugang zu gynäkologischen Fachärzt:innen, bedeutet aber auch kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen in Krankenhäusern in ganz Österreich. Außerdem braucht es auch einen umfassenden Zugang zu kostenloser Gesundheitsfürsorge für Schwangere. Darüber hinaus fordern wir gezielte Förderung und

ausreichende Finanzierung von Forschung im Bereich Gendermedizin, die Sensibilisierung angehender Mediziner:innen und des medizinischen Personals in Fragen der Gendermedizin und des Umgangs mit sexueller Gewalt.

In Österreich wird nur ein verschwindend geringer Teil der Gesundheitsausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention aufgewendet und der finanzielle Fokus liegt vor allem auf der Krankenhausversorgung. Durch die Versorgungskrise im niedergelassenen Bereich und den fehlenden Ärzt:innen braucht es vermehrt niederschwellige Angebote. Vor allem für Personen mit einem erhöhten Risiko muss der Zugang erleichtert werden. Ein Beispiel für eine unterstützende Struktur ist die von der KPÖ initiierte Gesundheitsdrehscheibe in Graz. Daher treten wir für die flächendeckende Etablierung von öffentlich betriebenen und finanzierten Gesundheits-, Sozial- und Beratungszentren auf kommunaler Ebene mit einer breiten fächerübergreifenden Ausstattung mit Expert:innen – Medizin, Pflege, Sozialarbeit, Physiotherapie, Ergotherapie, Diätologie, Hebammen, Psychotherapie und Community Nurses ein.

Friedenspolitik und Verteidigung

Als KPÖ setzen wir uns für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität ein. Statt sie immer weiter zu untergraben, treten wir für eine aktive Neutralitätspolitik ein. Österreich kann Solidarität leisten, nicht indem es Waffen liefert, sondern indem es aktiv bei internationalen Konflikten vermittelt.

Militärbündnisse schaffen keinen Frieden. Als KPÖ setzen wir uns daher entschieden gegen die Beteiligung an militärischen Bündnissen innerhalb der EU und außerhalb der EU ein. Daher lehnen wir die Beteiligung an dem milliardenteuren Projekt Skyshield ab. Ebenso fordern wir auch den Rückzug aus der militärischen Zusammenarbeit PESCO im Rahmen der EU, ebenso wie aus der NATO-Partnerschaft.

Für uns ist klar, -sterreichische Soldat:innen dürfen sich nicht an Kriegseinsätzen militärischer Bündnisse beteiligen. Wie bisher kann Österreich im Rahmen von UN-Mandaten an Einsätzen zur Friedenssicherung teilnehmen.

Als KPÖ setzen wir uns für eine Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Institutionen zur Bearbeitung von internationalen Konflikten ein. Ebenso setzen wir uns für einen neuen KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) Prozess ein, um eine langfristige Friedensarchitektur für Europa zu erarbeiten.

Österreich soll Kriege nicht noch zusätzlich mit Waffenlieferungen anheizen. Waffen in Kriegs- und Krisengebieten haben noch nie Frieden gebracht. Das bedeutet auch ein Verbot der Durchfuhr von Kriegsmaterial durch Österreich. Stattdessen fordern wir den Aufbau von Programmen, um der Zivilbevölkerung in Kriegs- und Krisengebieten zu helfen und sie beim Wiederaufbau ihrer Länder zu unterstützen.

Statt Menschen in den Krieg zu hetzen, müssen wir all jenen, die sich weigern für ihre Herrschenden zu sterben in Europa einen sicheren Zufluchtsort bieten. Es braucht daher ein unmissverständliches Asylrecht für Deserteur:innen, egal ob aus Russland, der Ukraine oder der Türkei.

Anstatt in Schulen Kinder für das Heer anzuwerben, soll Friedensbildung integraler Bestandteil der Lehrpläne werden.